Abonnementspreis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk errichteten Ausgabestellen abgeholt ℳ 3.— bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 3.75, durch die Post bezogen für Deutschland und Österreich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Diese Nummer kostet auf allen Bahnhöfen und bei den Zeitungs-Verkäufern 10 Pf.

Redaktion und Expedition: Johannisgasse 8.

Filialexpeditionen: Alfred Hahn, Buchhdlg., Universitätsstr. 3 (Paulinum), Louis Lösche, Katharinenstr. 14 (Fernsprecher Nr. 3503) u. Königsplatz 7 (Fernsprecher Nr. 9005).

Haupt-Filiale Dresden: Marienstraße 34/40 (Fernsprecher Amt I Nr. 1713).

Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg., Lützowstraße 10 (Fernsprecher Amt VI Nr. 4603).

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.

Reklamen unter dem Redaktionsstrich (4gespalten) 75 ₰, nach den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.

Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: nachmittags 4 Uhr.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.

Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig (Inh. Dr. B., R. & M. Klinkhardt).

Nr. 445. Donnerstag den 1. September 1904. 98. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

* Der in Dresden stattfindende Parteitag der deutschen Reformpartei wird sich mit einem auf Einführung einer allgemeinen Volksschule für alle Kinder abzielenden Antrag beschäftigen. (Siehe Deutsches Reich.)

* In Speyer fand gestern nach einem großen Festzug die feierliche Einweihung der Protestationskirche statt. (Siehe Deutsches Reich.)

* Ein ganz England, Schottland und Wales umfassender Kohlenarbeiterstreik droht infolge Kündigung des 1903 zwischen den Grubenbesitzern und den Bergleuten Schottlands geschaffenen Schiedsgerichtsabkommens. (Siehe Ausland.)

Russische Stimmungen.

Aus Petersburg wird uns von besonders wohlinformierter Seite geschrieben:

Wenn man aus der Spannung, mit welcher gegenwärtig alle Welt die Vorgänge auf dem Kriegsschauplatze in Ostasien verfolgt, auf eine geradezu leidenschaftliche Erregung der Gemüter an der Stelle schließen wollte, wo Sieg oder Niederlage der Russen doch naturgemäß am tiefsten empfunden werden müßten, nämlich in der Hauptstadt des Zarenreiches, in Petersburg, da würde man irren. Mag das russische Volk in seiner Gesamtheit auch gegenüber den unsäglich schweren Opfern dieses Krieges wieder einen gewissen passiven Heroismus beweisen, in der Petersburger Gesellschaft ist von einem solchen nichts zu spüren. Der Krieg hat den kleinen Kreis derer, welche in dem modernen Rußland etwas zu bedeuten haben, nicht auf der Höhe des stolzen, großdenkenden Patriotismus zu halten vermocht, der sich zu Anfang in den Riesensummen kundgab, welche den verschiedenen barmherzigen Institutionen, dem Roten Kreuz, der Gesellschaft für die Erbauung von Lazarettschiffen usw. zuflossen. Auch die gehobene Stimmung, mit der man rückhaltlos den bewährten Führern vertraute, die Zuversicht, mit welcher man den Maßnahmen der Regierung vertraute, ist dahin, und nur für einen Augenblick hat die Geburt des Thronfolgers das sinkende Thermometer wieder in die Höhe zu treiben vermocht. Noch sind die fürstlichen Gäste, die zur Taufe erschienen waren, nicht abgereist, und bereits sind allerorten die Nörgler wieder am Werk.

Es mag viel richtiges Feingefühl im Spiele gewesen sein, als der Zar erklärte, selbst ein so frohes Ereignis wie die Geburt des Thronerben dürfe kein Anlaß sein, große nationale Feste zu feiern, so lange Port Arthur, vom Feinde umbrüllt, vergebens nach Rettung ausschaue, so lange in der Mantschurei die brave Armee in hartem Kampfe die blutigsten Opfer für Rußlands Ehre zu bringen habe. Aber das Feingefühl des Zaren wurde nur von den Allerwenigsten gewürdigt, bei denen in Rußland derartige Sentiments eine verwandte Saite erklingen lassen. Alle anderen fühlten sich um „ihr Recht" betrogen. „Panem et circenses!" fordert auch hier das Volk, das gerade in solchen Fällen die echte Barbarentatze zu zeigen pflegt, wie einst die Greelscenen auf dem Moskauer Krönungsfeste in so abscheulicher Weise dartaten. Die Taufe blieb ein rein höfisches Fest, und es ist richtig, daß nur wenige Hundert von dem ganzen großen Ereignis mehr gehört haben, als die Kanonenschüsse, welche die Geburt des Zarewitsch verkündigten. Das Volk empfand die höfische Exklusivität, die sonst gerade bei solchen Anlässen recht weitgehend durchbrochen wurde, als eine Zurücksetzung, ja als ein Mißtrauensvotum, wenn nicht gar als eine Strafe für das Attentat auf Plehwe, das ja ein rechtgläubiger Russe begangen hat. Merkwürdig, daß dieser Mörder ein rechtgläubiger Russe war, das hat die meisten weit mehr gegrämt, als das Schicksal des Herrn v. Plehwe, das innerhalb Rußlands kaum irgendwo Anteil erweckte. Die sonst so neugierigen Russen hielten sich sogar dem Begräbnis fern, und das Volk leistete sich damit unbewußt die einzige Demonstration gegen den Minister, die man ihm nicht wehren konnte.

Daß der Zar seinem Volke ernsthaft grollte, dafür sah man zunächst auch eine Bestätigung in dem Ausbleiben des von Millionen sehnsüchtig erwarteten Gnadenmanifestes. Als dieses dann endlich eintraf, da wurde es viel schärfer kritisiert, als wenn es etwa 24 Stunden nach der Geburt erlassen worden wäre. „Doppelt gibt, wer schnell gibt!" das hätten sich auch die Ratgeber des Zaren sagen sollen; und da man an maßgebender Stelle nicht gewillt war, über gewisse Grenzen hinauszugehen, so hätte man wenigstens den ersten Freudentaumel benutzen sollen, um dem Manifest eine wohlwollende Aufnahme zu sichern. Im Westen hat man sich vielfach gewundert, daß der Erlaß eigentlich nur Almosen für das Volk enthielt, aber nichts, was der russischen Intelligenz einen Hoffnungsschimmer auf Eindämmung der administrativen Gewalt, zu Gunsten der „Semstwos" etwa, eröffnet hätte; in Rußland selbst hatte kaum jemand derartiges erwartet. Man hat sich fast schon damit abgefunden, daß das System Plehwe nur unter Aenderung der Firma fortgesetzt werde und regt sich über die Frage nach dem Nachfolger nirgends mehr sonderlich auf. Daß die Neubesetzung des wichtigen Portefeuilles noch nicht erfolgt ist, hat seinen Grund nur in der beabsichtigten Zerlegung des Ressorts, für die umfangreiche Vorarbeiten notwendig sind. An die Spitze der Reichs-Polizeiverwaltung wird wahrscheinlich ein Beamter berufen werden, der mit den Zuständen im Süden genau vertraut ist, ob dann Murawiew, Obolenskij oder ein anderer in das Palais am Litejnij einzieht, das wird kaum mehr von großer Bedeutung sein.

Charakteristisch ist, daß die Lust zum Nörgeln augenblicklich wieder von Hofkreisen ausgeht. Dort ist man einen Augenblick lang durch die Geburt des Thronfolgers ziemlich nervös geworden. Insbesondere fürchteten die Anhänger der Kaiserin-Witwe, und hierzu muß doch die überwiegende Mehrheit der nächsten Umgebung des Zaren gerechnet werden, daß sie nun durch wachsenden Einfluß der jungen Kaiserin auf ein totes Geleise geschoben werden könnten. Die Sorge mußte sich rasch als ganz unbegründet herausstellen. Hätte die Gattin Nikolaus' II. eine politische Einflußnahme je erstrebt, sie hätte sie wohl auch ohne die Geburt des Thronerben schon früher ausüben können; freilich hätte der Einfluß einer politischen Zaritza dadurch, daß sie dem Lande einen Zarewitsch schenkte, sehr gesteigert werden können, aber die russische Kaiserin aus deutschem Fürstengeschlecht hat sich nie um Politik gekümmert, sie ist die idealste Hausfrau, sie sucht ihr Glück und ihren Frieden in der Familie, scheut ängstlich jedes öffentliche Hervortreten und überläßt selbst das Patronat über die großen Wohltätigkeitsinstitutionen willig der Kaiserin-Mutter und anderen Großfürstinnen. Allzu willig — meinen viele, die sehr wohl wissen, daß Alexander III. Gemahlin auch eine Zarin nach dem Herzen des Volkes und — des Hofes war, und die gerne ihrer Schwiegertochter eine prominentere Stellung gönnten, als sie heute einnimmt und jemals einnehmen wird, sollte sie ihr Naturell nicht völlig ändern.

Man kann von Petersburger Stimmungen nicht reden, ohne auch der fast leidenschaftlichen Stellungnahme gewisser Kreise zu der Frage des Oberkommandos im asiatischen Feldzuge zu gedenken. Diese Stellungnahme ist für den Verlauf der Operationen viel verhängnisvoller geworden, als zu Beginn des Krieges selbst diejenigen auch nur ahnen konnten, welche über den Antagonismus Kuropatkin-Alexejew ganz genau unterrichtet waren. Kuropatkins Ansehen wurzelt in seinem Verhältnis zur Armee, Alexejews Einfluß in seinen Beziehungen zum Hofe, vor allem zu verschiedenen Großfürsten, die gegenwärtig wieder obenan sind. Um Alexejews Intrigen entgegenzuwirken, glaubten Kuropatkins Freunde ihn von Anfang an zur Erringung eines Sieges zwingen zu müssen. Hierauf sind die meisten verfehlten Maßnahmen des Oberkommandos zurückzuführen, vor allem die Detachierung Stackelbergs, die sich für den ganzen Feldzug als verhängnisvoll erwies. Dies Drängen der Petersburger Kreise trieb seinerzeit Makarow aus dem Hafen von Port Arthur hinaus, wobei er auf dem „Petropawlowsk" seinen Untergang fand, es war auch das Motiv für die tollkühnen Fahrten des Wladiwostok-Geschwaders. Aber damit nicht genug: durch solche Petersburger Einwirkungen wurden auch die fähigsten Führer kaltgestellt und stete Veränderungen in den hohen Kommandostellen veranlaßt. Alexejew würde seinem Werke die Krone aufsetzen, wenn es ihm wirklich gelingen sollte, auch Skrydlow aus seinem Kommando zu entfernen, der, wie erinnerlich, gegen seinen Willen damit betraut wurde.

Im Raume einer kurzen Betrachtung kann all das nur gestreift werden, aber schon die Schlaglichter sind wahrlich grell genug.

Der russisch-japanische Krieg.

Japanische Armeeveränderungen.

Aus Tokio in Shanghai eingelaufene Nachrichten lassen, wie die „Daily Mail" erfährt, erkennen, daß in der letzten Zeit eine neue Einteilung in der japanischen Armee stattgefunden hat. Nach dieser Neueinteilung besteht die erste japanische Armee aus der kaiserlichen Garde und den Divisionen 2 und 12. Kommandierender General ist General Kuroki und Chef des Stabes Generalmajor Fudsii. Die zweite Armee besteht aus den Divisionen 2, 4 und 6 unter General Oku, dessen Generalstabschef Generalmajor Otschiai ist. — Die dritte Armee vor Port Arthur umfaßt die Divisionen 1, 9 und 11, und verfügt außerdem über eine sehr starke Artillerie. Führer dieser Armee ist General Nogi und Chef des Stabes Generalmajor Twitschi. — Die vierte Armee ist zusammengesetzt aus der 5. und 10. Division und einer Reservebrigade unter General Nodzu, dessen Generalstabschef Generalmajor Uitschara ist.

Vor Liaujang.

Ein Telegramm aus dem Hauptquartier Kurokis meldet, daß der rechte Flügel der japanischen Armee die Schilcho (zwischen Liaujang und Mukden) durchgedrungen sei. Wenn er stark genug ist, die Stellung zu behaupten, ist der Rückzug Kuropatkins nach Mukden unmöglich. Damit im Einklang stehen Telegramme verschiedener Londoner Blätter, die übereinstimmend melden, daß Kuropatkin von drei Seiten umzingelt und die Eisenbahn nach Norden in der Gewalt Kurokis sei, der sofort zwei Divisionen abgesandt hat, um zu verhindern, daß russische Verstärkungen südlich von Mukden anlangen. Es verlautet, Kuropatkin habe selbst dahin entschieden, daß er in Liaujang nicht länger bleiben könne und vom Zaren die Ermächtigung erbeten, sich nach Mukden zurückzuziehen, was ihm aber durch Kurokis Vormarsch nicht mehr möglich ist.

Von japanischer amtlicher Seite wird über die Kämpfe am 25., 26. und 27. d. M. in der Richtung auf Liaujang berichtet:

Die erste Armee begann am 25. d. M. den Angriff auf den Feind, der eine starke Stellung auf einen der steilen Bergzüge, 23 Meilen südöstlich von Liaujang inne hatte. Am späten Abend des 25. d. M. gelang es dem japanischen Zentrum, nach einem Bajonettangriff seiner Infanterie, die Stellung der Russen an dieser Stelle zu nehmen, aber der russische rechte und linke Flügel setzten den hartnäckigen Widerstand fort. Am 26. wurde der erbitterte Kampf wieder aufgenommen, aber der Widerstand der Russen blieb ungeschwächt. Am späten Abend warf der rechte Flügel der Japaner nach blutigem Kampf die linke Flanke der Russen und erbeutete acht Geschütze. Am 27. nahmen alle japanischen Kolonnen den Kampf wieder auf und bei Sonnenuntergang war die ganze Linie der feindlichen Stellungen in die Hände der Japaner gefallen. Diese hatten ungefähr 2000 Mann verloren. Zu gleicher Zeit marschierten die anderen japanischen Armeen auf Anschantschan zu, von wo sich der Feind ohne Widerstand zurückzog. Die Japaner verfolgten den Feind, während andere japanische Abteilungen ihm den Weg abschnitten. Der Feind floh darauf in äußerster Verwirrung in der Richtung auf Liaujang, wobei er anscheinend beträchtliche Verluste durch das Feuer der Japaner erlitt. Diese erbeuteten acht Feldgeschütze, Munitionsvorräte und viele Wagen.

10 000 Japaner gefallen?!

Der „Daily Telegraph" gibt eine gelungene, aber sehr plausibel klingende Aufklärung, über die jüngst ständig von Port Arthur eingelaufenen Meldungen, nach denen immer 10 000 Japaner im Sturmangriff gefallen sein sollten. Es handelt sich bei diesen Meldungen um die Auslegung des chinesischen Wortes „wan", das in der Sprache des Reiches der Mitte allerdings 10 000 bezeichnet, aber in der gewöhnlichen alltäglichen Sprache einfach eine große Zahl bezeichnet, die man genauer anzugeben nicht in der Lage ist. Wenn nun die chinesischen Meldungen aus Tschifu oder Tientsin immer von gerade 10 000 gefallenen Japanern sprachen, so rührt dies einfach daher, daß dorthin gemeldet wurde, „wan" Soldaten wären gefallen. Das bedeutet nun aber niemals 10 000 Tote, sondern nur eine beträchtliche Anzahl Toter. Die Kriegskorrespondenten der europäischen Presse werden also zweifellos gut daran tun, diesen chinesischen Meldungen von 10 000 gefallenen Russen oder Japanern von vornherein skeptisch gegenüber zu stehen. Anders, glauben wir, haben alle Leute mit gesundem Menschenverstande die Meldungen auch nie aufgefaßt, denn wären tatsächlich die jedesmal gemeldeten 10 000 getötet, so ständen überhaupt vor Port Arthur keine Belagerer mehr.

Port Arthur.

Am Dienstag traf in Tschifu von Port Arthur die am 26. August erschienene Nummer des „Nowi Krai" ein, welche über die Kämpfe vor Port Arthur folgenden Bericht enthält:

Die Japaner ruhten nach dreitägigem heftigen Sturmangriff am 23. d. M. tagsüber aus. Gegen 11 Uhr abends rückten sie mit bedeutenden Streitkräften gegen das starke Fort Jaridontoi auf der rechten Flanke der Russen vor. Sie nutzten die geringsten Terrainfalten aus und glitten gleich wahren Rothäuten heran. Trotz des russischen Feuers gelangten sie in die Nähe des Glacis und nahmen Anlauf zum Sturm, wurden aber durch ein vernichtendes Feuer von allen Seiten zurückgeworfen. Nur eine japanische Abteilung drang über die Leichen der Gefallenen bis zum russischen Fort vor. Die Verteidiger trieben sie aber mit dem Bajonett unter schweren Verlusten zurück. Die Japaner erhielten Verstärkungen und erneuerten todesmutig den Angriff, wurden aber wiederum zurückgeworfen. Sie unternahmen darauf noch einen dritten wütenden Angriff, aber auch diesen brachte das mörderische Feuer der Russen zum Scheitern. Die Japaner sollen dabei Granaten hinter den stürmenden Kolonnen abgefeuert haben, um diesen ihre Pflicht, zu siegen oder zu sterben, eindringlich zu zeigen. Die Russen verlangten nun ihrerseits Verstärkungen für den Fall, daß weitere Angriffe unternommen würden, doch kam es nicht hierzu. Bei Tagesanbruch entspann sich hingegen der Kampf der beiderseitigen Artillerie. Kapitän Lebedien, der eine Matrosenabteilung befehligte, stellte sich auf die Mauer und streckte mit dem Revolver über 20 Japaner nieder. Die Japaner versuchten, die Pyramide menschlicher Leiber überkletternd, die Mauer stets von neuem zu ersteigen. Nach dem dritten Angriff wurde Kapitän Lebedien durch Granatsplitter getötet. General Gorbatowski, der schon sechs Nächte ohne Schlaf in den Gräben zugebracht hatte, leitete das Feuer der Russen persönlich. Die japanische Artillerie brachte dem Fort schweren Schaden bei, so daß General Gorbatowski der Garnison befahl, in den Gräben Deckung zu suchen. Am 24. um 10 Uhr morgens brachten die Japaner ihre Bergartillerie in Stellung, die von den Russen erfolgreich beschossen wurde. Gegen mittag wurden zwei japanische Truppenabteilungen gesehen, die sich vor dem russischen Feuer zurückzogen, die eine hinter den Zuckerhutbügel, die andere bei der Eisenbahnbrücke. Um 2 Uhr nachmittags begannen die Japaner mit 12 Geschützen nach Valitschong zu marschieren. Gegen 6 Uhr abends wurde ein von den Japanern gegen die russische Südostfront ausgeführter verzweifelter Angriff unter großen Verlusten für die Japaner zurückgeschlagen.

Hauptmann Stenynafski machte mit einer kleinen Abteilung einen erfolgreichen Ausfallversuch, um eine japanische Batterie zurückzuweisen. — Das Blatt macht keine Mitteilung darüber, ob die Russen sich auf den Höhen zu halten vermochten. Die Japaner benutzten die von den Chinesen aus Stein gebauten Häuser als Forts. In den Getreidefeldern haben die Japaner von der Luisenbucht her einen ungeheuren Artilleriepark untergebracht.

Deutsches Reich.

Leipzig, 31. August.

* Die „Frkf. Ztg." kommt auf unsere Aeußerung zurück, in der wir eine Aenderung des Reichstagswahlrechts für den Fall als notwendig bezeichnet haben, daß eine sozialdemokratische Mehrheit im Reichstage sicher erwartet werden müsse. Das Blatt zitiert die gegen uns gerichteten Auslassungen der „Dresd. Ztg." und die dagegen erhobenen Einwendungen der „Kons. Korr." und führt dann fort:

Wenn aber die „Kons. Korresp." weiter meint, die Anschauung, daß es sich als nötig herausstellen könnte, bei einem gefahrdrohenden Wachstum der Sozialdemokratie auf eine Aenderung des Reichstagswahlrechts Bedacht zu nehmen, ist übrigens nicht nur in der nationalliberalen, sondern auch in der Zentrums- und Freisinnpresse wiederholt ausgesprochen worden und darin hat keine Partei eine Ketzerei erblickt — so entspricht das nicht den Tatsachen. Das Zentrum hat jede Absicht der Abschaffung des allgemeinen Wahlrechts in Abrede gestellt und ein freisinniges Blatt, das einen derartigen Schritt als nötig bezeichnen würde, müßte sich dadurch von selbst aus seiner Partei ausschließen.

Ehe wir ernsthaft auf diese Auslassung eingehen, fordern wir die „Frankfurter Zeitung" auf, nun endlich einmal ihrerseits ohne alle Umschweife und ohne jeden Rückhalt zu erklären, was sie selbst bezüglich des Reichstagswahlrechts vorschlägt, wenn eine sozialdemokratische Mehrheit zu erwarten sein sollte. Wir bitten aber, nun auch wirklich Farbe zu bekennen und nicht mit behaarten Redensarten zu operieren. Denn als unpräzise Redensart müssen wir es bezeichnen, wenn die „Frkf. Ztg." von einem freisinnigen Blatt redet, „das einen derartigen Schritt als nötig bezeichnen würde." Wenn hier offen und ehrlich diskutiert werden soll, so möge die „Frkf. Ztg." so schreiben, daß Mißverständnisse nicht möglich sind. Ist da von einem Blatt die Rede, das jetzt das Wahlrecht ändern will, so hat die „Frkf. Ztg." Recht. Oder ist von einem Blatt die Rede, das für den angenommenen Fall einer drohenden sozialdemokratischen Majorität eine Aenderung für nötig hält? Die „Frkf. Ztg." vermeidet es sorgsam, sich absolut unzweideutig auszudrücken und das tät uns ihretwegen leid — es paßt auch schlecht zu ihren demokratischen Allüren. Also wir fragen nochmals: Will die „Frankfurter Zeitung" das Reichstagswahlrecht unter allen Umständen aufrecht halten, auch für den Fall einer sozialdemokratischen Majorität? Und wenn ja — wie will sie das rechtfertigen, wie denkt sie sich die Entwicklung? Dieselben Fragen möchten wir übrigens auch der angeblich nationalliberalen „Dresdner Ztg." vorlegen. Wir haben das Versteckenspielen in diesen Tagen ehrlich satt bekommen. Also nun heraus mit der Antwort — aber bitte klar und deutlich.

* **Die Sozialdemokratie als Kulturträgerin.** In einer zu Crimmitschau abgehaltenen sozialdemokratischen Kreis-Parteiversammlung des 18. Reichstagswahlkreises (Zwickau-Werdau-Crimmitschau), in welcher Reichstagsabgeordneter Schöpflin-Leipzig über die Tagesordnung des Bremer Parteitages referierte, beschäftigte man sich u. a. mit dem „Fall Schippel". Das Thema ist jetzt an der Tagesordnung bei solchen Gelegenheiten und für die bürgerlichen Parteien bis zum Bremer Tage kaum noch interessant. Das ist es auch nicht, was uns veranlaßt, diese Versammlung zu erwähnen. Aber man hat sich in Crimmitschau auch die unvermeidliche Resolution geleistet und auf deren Abdruck möchten wir nicht verzichten. Diese Herrschaften, die alles, aber auch alles besser wissen, die erklären, aus jedem ihrer Mannen könne man jeder Zeit einen Musterminister, Gesetzgeber oder Heerführer machen, die prophezeien, die Kultur sei bei ihnen am besten aufgehoben und Wunderwerke aller Künste würden das Leben der Genossen im Zukunftsstaate verschönern — diese Herrschaften leisten sich folgende, stilistisch geradezu entsetzliche Resolution:

„Die heutige Kreisparteiversammlung stimmt voll und ganz den Ausführungen des Referenten bei, namentlich, daß nur eine Zentralisation mit festen Beiträgen die Partei auf eine richtige, feste Grundlage bringen kann und daß von Elementen, wie Schippel, reines Farbenbekenntnis verlangt oder reiner Tisch gemacht wird."

Es fehlt weder das gräßlich hohle Clichéwort „voll und ganz", noch das „reine Farbenbekenntnis" (frei nach dem „dreifärbigen Hausbesitzer"), noch die bei Mindergebildeten übliche falsche Konstruktion, die „von" Elementen wie Schippel reinen Tisch machen will. Ob das der Anbruch der neuen Kulturepoche sein soll, die uns von der Sozialdemokratie verheißen wird?

*

Dresden, 31. August.

* **Parteitag der Reformpartei.** Für den Dresdner Parteitag der Reformpartei ging heute ein Antrag ein, die Vertreter der Parteien in den Einzellandtagen zu ersuchen, auf Grund von Punkt 4 des Programms (gemeinsamer Unterbau für das gesamte Schulwesen) allgemeine Volksschule zu fordern. Begründung: Dieselbe ist geeignet, zur Versöhnung der Klassengegensätze beizutragen.

*

Berlin, 31. August.

* **Kinderschutz in landwirtschaftlichen Betrieben.** Ein Reichsgesetz betreffend den Kinderschutz in landwirtschaftlichen Betrieben scheint jetzt greifbare Gestalt zu gewinnen. Wie am Sonnabend vom Schulinspektor Dr. Loy in Koburg gelegentlich der Jahresversammlung der Lehrer des Herzogtums Koburg mitgeteilt wurde, sind Frage-